



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 0886390

P/XV/130 - 9. Juni 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2      Nicht im militärischer Denken steckenbleiben!      72

Von Waldemar von Kroeringen,  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD

3                      "Der Sieger von Paris?"      47

Zu einem Kanzler-Interview in der "New York Times"  
Von Franz Barsig

4 - 5                      Bilanz der Opposition      70

Widerlegtes Märchen von den "ewigen Wein-Sägern"  
Von Ulrich Dübber

6                      "Spengler-Diplomaten" in Haiti      42

Beispielhafte Hilfe der JNO für ein Entwicklungsland  
Von Bruno Kuster, Genf

7                      Also doch!      17

Nach vielen Bemerkis - "U-2" war in Pezisten

7                      Das Redarnetz und der Minister      21

Vorbildliches Verhalten eines "Erwischten"

\* \* \* \* \*

Nicht in militärischen Denken steckenbleiben!

Von Waldemar von Knoeringen,  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD

Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß befindet sich jetzt in den Vereinigten Staaten, um - wie er sagte - die Rüstungsvorhaben der amerikanischen Armee kennenzulernen. Er hat zu erkennen gegeben, daß er die Konsequenzen der gescheiterten oder nichtzustandegekommenen Pariser Gipfelkonferenz im rein Militärischen sieht, was auch erklärlich macht, daß sein Beitrag zur innerdeutschen Diskussion über die Möglichkeiten einer gemeinsamen Außenpolitik ausschließlich militärpolitische Akzente trug.

Was Herr Strauß in diesem Zusammenhang von der Opposition verlangt, ist nicht etwa die Analyse des weltpolitischen Geschehens, sondern die Kapitulation vor der Politik Dr. Adenauers. Seit zehn Jahren ist die Tendenz dieser Politik gewesen: Wir werden mit dem Druck militärischer Stärke die Sowjets zu erfolgsversprechenden Verhandlungen über die Wiedervereinigung bringen, und wir werden in der Zwischenzeit unserem Volk die Sicherheit vor einem sowjetischen Überfall geben. Niemand wird wohl ernsthaft behaupten können, daß wir in den letzten zehn Jahren einem dieser Ziele nähergekommen sind. Bei der notwendigen Bestandsaufnahme muß auch die Politik der Bundesregierung zur Diskussion gestellt werden. Wenn jetzt aber Herr Strauß erneut die Außenpolitik der CDU/CSU ausschließlich unter militärstrategischen Aspekten sieht, dann bedeutet dies die Absicht der eine Politik fortzusetzen, die ergebnislos geblieben ist.

Ein durch Atomraketen erweitertes Maginot-Denken wird von Strauß zur Maxime der deutschen Politik erhoben. Dabei hat gerade Paris gezeigt, daß wir am Beginn einer neuen Phase der Weltpolitik stehen, in der die militärische Kraft nur noch statisches, nicht dynamisches Element der Außenpolitik ist. Jahrrelang mußte die Sowjetunion hinnehmen, daß amerikanische Flugzeuge jeden Quadratmeter ihres Riesens Reiches fotografierten. Die ungeheure Bräskierung des Westens durch Chruschtschow in Paris hat zwar die politischen Spannungen verschärft, doch beeilten sich die Regierungschefs zu versichern, daß man nicht an "Lösungen denke, die durch Krieg erzwungen werden". Das absolute Gleichgewicht des Schreckens mit der möglichen vollkommener gegenseitigen Vernichtung ist erreicht. Die militärischen Waffen als statisches Element der Politik sind nur geeignet für taktische Verhandlungen und werden in diesem Sinne vor den Sowjets mit einer Kunst, die an geniale Schachspieler erinnert, gehandhabt. Aber während der Westen seine Kräfte vor allem auf die Abwehr eines militärischen Angriffs konzentriert, sucht der Kommunismus die Entscheidung zwischen Ost und West auf den Gebieten der Wirtschaft, der Wissenschaft und For-

9. Juni 1960

schung, empfiehlt er den Entwicklungsländern sein System als Beispiel für einen schnellen Anschluß an das Lebensniveau der Industriegesellschaft. Die Sowjetunion schuf eine Universität für Entwicklungsländer, in der Sowjetzone errichtet die SED ein Forschungszentrum für Asien und Afrika. Die Bundesregierung dagegen ermöglichte im vergangenen Jahr nur der kläglichen Zahl von 16 deutschen Studenten in Afrika, Asien und Südamerika ein Studium mit Hilfe von Bundesmitteln. Die Bundesregierung hat den Ausbau unserer Auslandsvertretungen in den Entwicklungsländern stark vernachlässigt. Trotz jahrelanger Diskussion wurde noch kein überzeugender Plan der Hilfe für Entwicklungsländer vorgelegt. Die Folgen dieser kurzsichtigen Politik beginnen wir bereits zu verspüren, sie werden in einigen Jahren katastrophal sein.

Eine Bestandsaufnahme der deutschen Außenpolitik kann sich deshalb nicht - wie Minister Strauß es wünscht - allein auf militärische Aspekte beschränken. Man muß prüfen, was getan werden kann, um die bisherigen Versäumnisse schnell aufzuheben.

Der CDU-Abgeordnete Rasner hat zur Forderung der SPD nach einem Gespräch über eine Bestandsaufnahme und einer möglichst gemeinsamen Außenpolitik erklärt, die SPD müsse sich vor einem Gespräch mit der CDU erst selbst einig werden. Rasner versuchte mit diesen Worten, die Öffentlichkeit von den Differenzen in der CDU abzulenken, wie sie auf dem CDU-Parteitag in Karlsruhe deutlich wurden. Prof. Erhard und Dr. Gerstenmaier haben in Karlsruhe Vorstellungen entwickelt, die, werden sie verwirklicht, zu einer gewissen Gemeinsamkeit von SPD und CDU/CSU in wichtigen politischen Fragen führen könnten. Der Bundeskanzler hat, ebenfalls in Karlsruhe, mit kaum zu übersehender Deutlichkeit Dr. Gerstenmaier zurückgewiesen und erklärt, daß bis 1961 ausschließlich Wahltaktik sein Verhalten bestimmen werde.

Wem nützt der Kanzler mit diesem Entschluß? Man kann nicht sechzehn Monate hindurch aus wahltaktischen Gründen weltpolitische Veränderungen ignorieren. Der Tag ist abzusehen, an dem die CDU dies erkennen muß, an dem sie von den Ereignissen gezwungen wird, ihre Außenpolitik der neuen Phase der Weltpolitik anzupassen. Hoffentlich ist es dann nicht zu spät; es ist schon spät genug.

### "Der Sieger von Paris?"

Von Franz Barsig

"Die Hoffnungen, daß die Pariser Konferenz auf dem Gebiet der allgemeinen kontrollierten Abrüstung erste Anfänge, die zu entscheidenden Fortschritten führen würden, machen und damit eine Minderung der internationalen Spannung herbeiführen werde, haben sich nicht erfüllt. Im Gegenteil, wir müssen feststellen, daß die Spannung in der Welt sich in einer beunruhigenden Weise verschärft hat. Der erklärt auch die tiefe Enttäuschung in allen Ecken der Welt über das Scheitern der Pariser Konferenz."

\* \* \*

So sprach der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Konrad Adenauer am Dienstag, dem 24. Mai 1960, im Deutschen Bundestag, und auch an anderen Stellen seiner formulierten Erklärung wird zum Ausdruck gebracht, daß die Bundesregierung die Hoffnung und den Wunsch hatte, daß die Verhandlungen in Paris wenigstens zu Teilergebnissen führen würden.

In der Zwischenzeit hat der Urlauber von Caderabbia dem Kommentator der "New York Times", C.L. Sulzberger, ein Interview gegeben, in dem davon die Rede ist, daß der Kanzler offen seine Zufriedenheit über den Ausgang der Pariser Konferenz zugegeben hat, weil ihr Scheitern - so nach dem Interview - seine politische Macht in der Bundesrepublik gefestigt habe und die Politik der Gipfelkonferenzen, die ihm nicht zuzugabe, diskreditiert worden sei.

Jedermann wird zugeben, daß in diesen beiden Erklärungen ein geradezu fundamentaler Widerspruch liegt, den wir uns bis zur Stunde nicht erklären können. Einmal deshalb nicht, weil C.L. Sulzberger kein Journalist ist, der nicht fähig wäre, die politischen Auffassungen seines Gesprächspartners zu erfassen und korrekt wiederzugeben, auf der anderen Seite, weil es kaum denkbar ist, daß der Bundeskanzler innerhalb von drei Wochen seine Meinung über den Ausgang der Pariser Gipfelkonferenz in so entscheidender Weise geändert haben soll. Es wäre entsetzlich, wenn es stimmen würde, daß der Bundeskanzler so denken würde, wie es in dem Interview zum Ausdruck kommt. Es ist einfach nicht denkbar, daß sich jemand in dieser Art und Weise über die enttäuschten Hoffnungen der ganzen freien Welt lustig macht und darin nur einen innenpolitischen Machtzuwachs erblickt. Wenn das, was Sulzberger als Gesprächsinhalt wiedergibt, richtig ist, dann könnte man es wirklich nur als den Gipfel des Zynismus bezeichnen.

Aber wie gesagt, bis zur Stunde halten wir es noch für völlig unmöglich, daß der Kanzler sich in dieser Art und Weise geäußert haben soll. Man würde deshalb der Bundesregierung geradezu zu Dank verpflichtet sein, wenn sie möglichst bald erklärte, was Adenauer wirklich gesagt hat und ob er nach wie vor zu der Regierungserklärung vom 24. Mai 1960 steht. Aber das muß offen und ehrlich erfolgen und nicht in Form von lendenlahnen "Dementis". Damit sollte man gerade bei C.L. Sulzberger vorsichtig sein. Als er die Spanien-Depots-Pläne der Bundesregierung enthüllte, "dementierte" man auch, und wenig später stellte es sich heraus, daß Herr Sulzberger und nicht die Bundesregierung die Wahrheit gesagt hatte.

+ + +

Bilanz der Opposition:

Von Ulrich Dübber

Es ist stiller geworden um die jahrelang gegen die Sozialdemokraten erhobenen Vorwürfe, sie betrieben Opposition um der Opposition willen. Nur noch vereinzelt gebraucht wird das abfällige Wort von den "ewigen Mein-Sagern" und es kostet schon manchmal Mühe, die Öffentlichkeit von dem angeblichen Willen der SPD zur Negation zu überzeugen. Das beweisen die geschäftigen Versuche der Mehrheitspartei, eine gemeinsame Außenpolitik zu torpedieren.

Seitdem - nach einer DIVO-Umfrage - mehr als zwei Drittel der Bevölkerung eine Parlamentsopposition für etwas Nützliches halten, ist es schwer geworden, sie als "so etwas wie einen Verein der Querulanten, von Mißvergnügten, von Unzufriedenen, von Nichtherangezogenen, die nun ihren Ärger über ihr Scheitern oder ihr Schlechtweggekommensein durch Kritisieren der Besserweggekommenen, der Regierung, abreagieren" (Carlo Schmid) zu beschreiben.

Regelmäßig alle zwei Jahre zu ihrem Parteitag berichtet die SPD-Bundestagsfraktion über ihre Stimmabgabe zu den verabschiedeten Gesetzen. Für die Jahre 1958/59 ist die Übersicht in diesen Tagen fertiggestellt worden. An Hand der in Kraft getretenen und im Bundesgesetzblatt Teil I veröffentlichten Gesetze ergibt sich ein interessantes Bild:

Gesetze 1958/59 insgesamt	89
mit Zustimmung der SPD	71
mit Ablehnung der SPD	15
mit Enthaltung der SPD	5

Vier Fünfteln aller Gesetze also hat die sozialdemokratische Bundestagsfraktion zugestimmt. Würde man noch die im Bundesgesetzblatt Teil II verkündeten Gesetze zu zwischenstaatlichen Abkommen hinzurechnen, die im Bundestag fast ausschließlich einstimmig und ohne Debatte beschlossen werden, dann beläuft sich der Zustimmung-Prozentsatz auf nahezu 95.

Die von der SPD in den vergangenen Jahren veröffentlichten Zahlen, die ebenfalls einen Zustimmungsgesetzgrad von 80 bis 90 Prozent nachweisen, wurden von der CDU mit dem Einwand kritisiert, es habe sich bei den bejahten Gesetzen um die "unwichtigen" gehandelt. Es ist aber

höchst problematisch, zwischen "wichtigen" und "unwichtigen" Gesetzen zu unterscheiden, denn ohne jene 80 bis 90 Prozent "unwichtiger" Gesetze wäre die Bundesrepublik kein Rechts- und Sozialstaat, sondern ein Territorium heillosen Chaos'.

Der Beitritt der Bundesrepublik zur NATO war ohne Zweifel eine Entscheidung größter Bedeutung, aber die Spaltung Deutschlands hat er bis heute nicht überwunden. Dagegen haben so umfangreiche Gesetzeswerke wie der Lastenausgleich, die Kriegsopferversorgung und die Rentenreform, die alle mit Zustimmung der SPD zustande kamen, das Leben von Millionen unserer Bürger entscheidend beeinflusst.

Die Existenz des Staates ist eben nicht nur von der Außenpolitik abhängig, weshalb im Bundestag auch nicht alle Tage erregte Debatten über die Weltpolitik stattfinden. Die mühsameren Kleinarbeit überwiegt. Andere Vorstellungen über einige Fragen des "wie" haben die SPD nie gehindert, am Löwenanteil der Gesetzgebung verbessernd und bejahend mitzuarbeiten.

Sie stimmte 1958/59 den drei Novellen zum Lastenausgleich zu, dem Gesetz über die Tuberkulosenhilfe, dem Gesetz über Maßnahmen zur Reinhaltung der Luft, dem neuen Lebensmittelgesetz, der Grundgesetz-Ergänzung hinsichtlich der Atomenergie sowie dem Atomgesetz, dem Länderfinanzausgleichsgesetz, der Bundes-Rechtsanwaltsordnung und dem Gesetz über das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz - um nur einige von den bekannten Gesetzen zu nennen.

Zu den abgelehnten Gesetzen gehörten u.a. die beiden Getreidepreissetze von 1956 und 1959, die unzulängliche Steuerreform von 1956 sowie Änderungen des Kaffee- und des Teesteuergesetzes, zwei Gesetze über die Einführung sozialpolitischer Bundesrechte im Saarland und das Gesetz über Steuervergünstigungen bei der Ausschüttung von Gratisaktien.

Die Enthaltung entfiel auf das Zweite Gesetz zur Änderung der Kindergeldgesetze, das Spar- und Främiongesetz und auf eine Änderung des Mählengesetzes.

Durchaus nicht alle von der Regierung vorgelegten Entwürfe waren für die SED von vornherein annehmbar. Bei vielen aber gelang es, ihnen auch aus der Opposition heraus durch sachliche Argumentation eine Fassung zu geben, die sie für die SPD akzeptabel machten.

## "Spengler-Diplomaten" in Haiti

Von Bruno Kuster, Genf

- Die Bewohner Haitis sind überzeugt, das schönste Land der Antillen zur Heimat zu haben. Schön ist diese Insel in Zentralamerika gewiss, aber entsetzlich arm! Das Jahreseinkommen beträgt pro Kopf 300 bis 350 DM. Vier Fünftel der Insel sind felsig und unfruchtbar.

Die Bauern, die sich mit dem Anbau von Reis, roten Bohnen, einigen Gemüsen und Zuckerrohr das Leben fristen, kennen fast nur ein einziges Werkzeug, den Machete, der zu allen Arbeiten benützt wird: zum Graben kleiner Löcher für das Saatgut, zum Schneiden des Zuckerrohres und zum Holzhacken usw. Die wenigen Fabriken lassen die Techniker und qualifizierten Arbeiter aus dem Ausland kommen. 90 Prozent der 3,2 Millionen Einwohner der Republik Haiti sind Neger, zehn Prozent Mulatten.

Als die Regierung vor wenigen Jahren versuchte, die Berufsbildung zu organisieren, stiess sie auf beinahe unüberwindliche Hindernisse. Sowohl die Lehrer als auch genügend vorgestellte Schüler fehlten, ebenso Schulräume, Lehrmaterial - und die Erfahrung. So ersuchte sie um internationalen Beistand, der in Rahmen der technischen Hilfe der UNO von der Internationalen Arbeitsorganisation gewährt wurde.

Im Jahre 1954 trafen die ersten Fachleute ein, die bald scharfhaft mit dem Titel "Spengler-Diplomaten" ausgezeichnet wurden. Sie hatten die Aufgabe, eine Berufsschule aufzubauen. Tatsächlich mussten sich diese Männer als Arbeiter, Erzieher und Diplomaten bewähren, um ihren heiklen Auftrag bewältigen zu können: die bestehenden Werkstätten umgestalten und neue schaffen; die Einrichtungen selbst herstellen, die von der Internationalen Arbeitsorganisation gelieferten Maschinen montieren, das Anschauungsmaterial für den Unterricht vorbereiten und die Programme für die Ausbildungskurse ausarbeiten.

Wie in vielen Entwicklungsländern steht die körperliche Arbeit in Haiti nicht sehr hoch im Kurs. Wer sich irgendwie eine halbwegs taugliche Schulbildung erworben kann, fühlt sich über handwerkliche Berufe erheben. Und die Massen der ungeschulten Jugendlichen verfügen wieder nicht über die für ein Handwerk unerlässlichen Werkkenntnisse. Unter dem Einfluss der ausländischen Lehrmeister konnte aber allmählich ein Umschwung eingeleitet werden: die für Erwachsene organisierten Abendkurse wurden sogar von Beamten und Rechtsanwälten besucht!

Nach fünfjähriger Aufbauarbeit konnten nun die internationalen Experten ihr Werk dem Erziehungsministerium übergeben. Mit einer Ausweitung von Schülerarbeiten wurde eine vergangene Periode abgeschlossen und gleichzeitig eine neue eingeleitet: Der Grundstein für die Ausbildung einheimischer Facharbeiter ist jetzt gelegt. Mit wenig Geld, aber dank der grossen Hingabe der "Spengler-Diplomaten" wurde sehr viel erreicht.

Das Radarnetz und der Minister

sp - Lob wem Lob gebührt. Der Verkehrsminister von Nordrhein-Westfalen, Dr. Hans Lauscher, ist zu loben. Er hat sich, zum Unterschied von Verteidigungsminister Franz Josef Strauss, in einem Verkehrsdelikt, begangen vom Fahrer seines Kraftwagens, vorbildlich benommen und damit den nicht immer gültigen Satz anerkannt, dass Gesetze auch für Minister zu gelten haben. Seinem Fahrer war das Malheur passiert, die während der Pfingstfeiertage verhängte Geschwindigkeitsgrenze um einige Kilometer überschritten zu haben. Das wachsame Auge des Radarnetzes entdeckte dieses Vergehen. Die Polizei, unparteiisch wie sie sein soll, stellte den Fahrer und den Minister. Der Minister verwahrte sich nicht gegen das Einschreiten der Polizisten, er lobte sie sogar und machte auch nicht den Versuch, seinen Chauffeur zu decken. Dieser hat eine Anzeige zu erwarten. Der Verkehrsminister von Nordrhein-Westfalen gab ein gutes Beispiel, wie sich ein Minister zu verhalten hat, wenn er oder sein Fahrer bei einem Verkehrsdelikt erwischt werden. Nicht immer ist solches Verhalten selbstverständlich, was sogar ein Franz Josef Strauss als Zeuge bestätigen könnte.

+ + +

Also doch!

sp - Nachrichten können Weltgeschichte machen. Auch falsche Nachrichten. Die berühmte "Eiser Depesche" ist bereits in die Geschichte eingegangen. Jetzt geistert wieder solch' eine Nachricht herum. Auch sie hätte, berücksichtigt man die Aufregung der letzten Wochen, Geschichte machen können. Wir meinen die zahllosen Denentis der pakistanischen Regierung, wonach keine amerikanische "U-2" von einem Flugplatz in Pakistan zu Spionageflügen gestartet sein sollte. Diese Behauptung wurde von den Nachrichtenagenturen in der ganzen Welt verbreitet, sie wurde von Millionen und Abermillionen Menschen gelesen und vielleicht auch geglaubt. Auf einmal geht es anders herum. Der Befehlshaber der pakistanischen Luftstreitkräfte, Marschall Asghar Khan, hat jetzt nach seiner Rückkehr aus Washington lakonisch mitgeteilt, die Regierung seines Landes habe im vorigen Monat einen amerikanischen Aufklärungsflugzeug vom Typ "U-2" die Lande- und Starterlaubnis erteilt. Aber keineswegs wird diese Meldung wiederum so gross aufgemacht wie die damaligen Denentis, von denen hier eingangs die Rede war. Sie erscheinen - wenn überhaupt - in den meisten Zeitungen klein und hässlich auf den vierten oder achten Seiten. Mögen die Chronisten der Zeitgeschichte melancholisch darüber nachdenken, was uns alles passieren kann, wenn man jede Nachricht für bare Münze hält ...

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel